



UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Das Zeitalter des Imperialismus 1884 - 1914

Friedjung, Heinrich

Berlin, 1919

Entlassung Bismarcks

[urn:nbn:de:hbz:466:1-73514](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:hbz:466:1-73514)

Auf solcher Höhe stand Deutschland, so lange Bismarck mit Wilhelm I. zusammenwirkte. Als der alte Kaiser am 9. März 1888 verschied, war eine Änderung schon dadurch ausgeschlossen, daß Kaiser Friedrich III. während der hundert Tage seiner Regierung bei seiner unheilbaren Krankheit nicht an dem Vermächtnisse seines Vaters rühren mochte. Wilhelm II. aber war von seiner Thronbesteigung an (15. Juni 1888) entschlossen, Herrscher zu sein im vollen Sinne des Wortes. Auch dem Größten unter den Lebenden wollte er nicht die oberste Leitung der Geschäfte des Reiches überlassen. Ihn drückte die Autorität des Schöpfers des Deutschen Reiches, so daß nur fraglich war, zu welcher Frist der Kaiser sich von seinem Kanzler trennen werde.

*

Entlassung Bismarcks

Es war bloß ein Zufall, daß der Bruch nicht schon wegen der Meinungsverschiedenheit über die äußere Politik erfolgte. Wohl handelte es sich dabei nur um Schattierungen, da der Kaiser mit dem Kanzler darin übereinstimmte, daß mit den zwei Weltmächten Frieden und Freundschaft zu halten sei. Wilhelm II. aber hatte nichts dagegen, von Rußland etwas abzurücken und sich England zu nähern. In seiner hohen Schätzung der Macht des Deutschen Reiches hielt der Kaiser es für überflüssig, mit seiner Sympathie für Großbritannien zurückzuhalten, nur um in Petersburg nicht anzustoßen. Er war von seiner Mutter, die an ihrem Vaterlande mit Liebe hing, in Hochschätzung englischen Wesens, in Verehrung für die Königin

Viktoria erzogen worden. Es war menschlich begreiflich, daß es der Kronprinzessin Viktoria auch als Kaiserin am Herzen lag, Deutschland möchte, wenn es zu dem allgemein erwarteten Kriege Englands gegen Rußland käme, ihrer Heimat zur Seite stehen. Sie hörte auf die Ratschläge des englischen Diplomaten Sir Robert Morier, zuletzt Botschafters in Petersburg; und wenn sich Bismarck oft darüber beklagte, daß Morier ihm auch bei der inneren Regierung des Reiches entgegenwirkte, so ist seit der Veröffentlichung der Denkwürdigkeiten dieses Freundes des deutschen Kronprinzenpaares sichergestellt, daß der Argwohn des Kanzlers begründet war. Der Gegensatz Bismarcks zum britischen Hofe verschärfte sich, als nach dem Tode des Kaisers Friedrich dessen Tagebuch aus den Jahren 1870 und 1871 veröffentlicht und Gessden, der sich dies auf eigene Faust erlaubt hatte, zur gerichtlichen Verantwortung gezogen wurde, weil er Staatsgeheimnisse preisgegeben hätte. In dem Berichte Bismarcks an den Kaiser, in welchem die Verfolgung Gessdens empfohlen wurde, war die Behauptung aufgestellt, der Kronprinz wäre in die geheimsten Dinge deshalb nicht eingeweiht worden, weil Wilhelm I. gefürchtet hatte, es könnten auf diesem Wege indiscrete Mitteilungen an den englischen Hof erfolgen. Das war tief verlegend für das Andenken des toten Kaisers wie für dessen Gemahlin. Der Bericht Bismarcks, besonders aber dessen Veröffentlichung, wurde auch von der Königin von England und von dem Prinzen von Wales als Beleidigung empfunden.

Nicht diese persönlichen Verstimmungen, sondern ernste politische Gründe bestimmten den Fürsten Bismarck, auf die Neigung des jungen Kaisers für England dämpfend einzuwirken. Daß der Kanzler auf die Freundschaft mit Großbritannien großen Wert legte, war aus seiner bisherigen Politik deutlich zu ersehen. Aber immer galt ihm Rußland als der Nachbar, auf den das Deutsche Reich schon wegen seiner langen offenen Grenze im Osten größere Rücksicht nehmen mußte. In Petersburg durfte kein Zweifel darüber aufkommen, daß für das Berliner Kabinett die Beziehungen zu Rußland nach denen zu Osterreich-Ungarn in erster Linie standen, dann erst in gemessener Entfernung die zu Großbritannien. So hatte Bismarck es immer gehalten, und dabei blieb er, als sich um die Zeit der Thronbesteigung Kaiser Wilhelms II. der Gegensatz Englands zum Zarenreich wieder einmal verschärfte. Rußland drängte zum Großen Ozean, begann deshalb den Bau der sibirischen Eisenbahn und gewann in Korea Ein-

fluß; 1887 setzte es bei der chinesischen Regierung durch, daß die Briten Port Hamilton auf Korea räumen mußten, welches sie vier Jahre vorher besetzt hatten. In diesen Verwicklungen entschloß sich Großbritannien im Mai 1887 zu einer gewaltigen Verstärkung seiner Kriegsflotte: es wurde beschlossen, innerhalb sieben Jahre 70 Schiffe, darunter 10 Panzer, zu bauen. Bei der Beratung der Vorlage im Parlament bekannte sich die Regierung durch den Mund des Marineministers Hamilton zu dem Grundsatz, daß die englische Kriegsmarine so mächtig sein müsse wie die Flotten der zwei nächststarken Seemächte (Two powers standard). Damit waren Rußland und Frankreich gemeint; denn mit letzterem Staate lag Großbritannien wegen Hinterindien, Madagaskar und Westafrika im Streit. Die französischen Nationalisten teilten damals ihren Haß ehrlich zwischen Deutschland und England.

Bismarck besorgte nun, daß die deutsche Politik die Farbe der warmen Beziehungen des Kaisers zu seinen britischen Verwandten annehmen werde. Im August 1889 besuchte Wilhelm II. England und wurde glänzend empfangen, nicht bloß, weil er der Enkel der alten Königin war, sondern weil die politisch geschulte öffentliche Meinung einsah, wie notwendig es sei, sich des Kaisers gegen Rußland zu versichern. Er wurde zum Admiral der englischen Flotte ernannt; bei dem ihm gegebenen Festmahl brachte der Prinz von Wales einen Trinkspruch aus, in dem er sich seinem kaiserlichen Neffen förmlich an den Hals warf. Kaiser Wilhelm, so sagte er, habe die größte Flotte besichtigt, welche England jemals ausgerüstet hatte; in dieser Zeit müsse jedes Land auf alle Möglichkeiten vorbereitet sein, aber er, der Prinz von Wales, sei überzeugt, daß die große deutsche Armee und die britische Flotte dazu dienen würden, der Welt den Frieden zu erhalten. Einige Tage später, nach einer Übung englischer Landtruppen, ergriff der Kaiser das Wort, um daran zu erinnern, daß in den Schlachten von Malplaquet und Waterloo britisches und preußisches Blut für eine gemeinsame Sache vergossen wurde. Schon das war mehr, als man in Petersburg vertrug. Dazu kam, daß der Kaiser, unmittelbar nachdem er 1889 in Athen der Hochzeit seiner Schwester mit dem Kronprinzen Konstantin von Griechenland beigewohnt hatte, auch den Sultan Abdul Hamid in Stambul besuchte. Damit wurde der Sultan gewissermaßen in die europäische Staatengemeinschaft aufgenommen, jedoch das Mißtrauen Ruß-

lands wachgerufen. Als dann der Prinz von Wales in Berlin seinen Gegenbesuch machte, rief der Kaiser am 22. März 1890 — zwei Tage nach der Entlassung Bismarcks — in einem Trinkspruche nochmals die Erinnerung an die deutsch-englische Waffenbrüderschaft in früheren Kriegen wach. Da flüsterte der greise Moltke dem Fürsten Chlodwig Hohenlohe über Tisch die Worte zu: „Ein politisch Lied, ein garstig Lied!“ Wollte Deutschland den Waffengang mit Rußland vermeiden, so durfte es sich nicht mit England verbrüdern.

Zum Bruche zwischen dem Kaiser und Bismarck kam es jedoch nicht hierüber, sondern wegen der Arbeiterfrage. Der Kaiser strebte die Gewinnung der sozialdemokratischen Arbeitermassen für die Monarchie durch eine großzügige Sozialreform an, was Bismarck für utopisch hielt. Durch diese Einwendung ließ sich Wilhelm II. nicht irremachen, wie aus seiner damaligen hochsinnigen Äußerung hervorgeht: „Ob wir nun Dank oder Undank für unsere Bestrebungen zur Aufbesserung des Wohles der arbeitenden Klassen ernten, in diesen Bestrebungen werde ich nicht erlahmen. Ich habe die Überzeugung, daß diese staatliche Fürsorge uns zum Ziele führen wird, die arbeitenden Klassen mit ihrer Stellung innerhalb der gesellschaftlichen Ordnung zu versöhnen. Jedenfalls geben diese Bestrebungen mir für alles, was wir tun, ein gutes Gewissen.“

Der Reichskanzler aber war mit den Jahren zu der Ansicht gekommen, daß sich alles auf einen lebensgefährlichen Kampf zwischen der Staatsgewalt und der Sozialdemokratie zuspizte, und er für seine Person schreckte nicht davor zurück, den inneren Feind mit Waffengewalt niederzuwerfen. Das aber wollte der Kaiser vermeiden, und dieser Vorsatz muß ihm zum Verdienst um sein Volk zugerechnet werden. Abgesehen ist Bismarck, so viel wir wissen, nicht mit einem Vorschlage zur Gewaltanwendung an den Kaiser herantreten. Was über diese Absicht des Kanzlers erzählt wird, beruht auf einigen in der Erbitterung des Kampfes von ihm hingeworfenen Worten. Schon 1887 hatte er zu einem konservativen Parteiführer die Äußerung getan: „Ich will die letzten Jahre meines Lebens daran setzen, den schwersten Fehler gutzumachen, den ich je begangen habe“, und damit war die Gewährung des allgemeinen gleichen Wahlrechtes gemeint. Der Biograph Bismarcks wird an derartigen Ausbrüchen des Unwillens nicht vorübergehen dürfen; für die politische Geschichte jedoch zählen nur bestimmte Entwürfe, Gesetzborschläge, Ansprachen,

nicht aber Stimmungen, die, aus dem Tage geboren, sich nicht zu greifbarer Tat verdichtet haben¹⁾.

Der Kaiser schritt auf seinem Wege fort und richtete am 4. Februar 1890 zwei Erlasse an die Regierung, in denen sie angewiesen wurde, zu prüfen, ob es nicht möglich sei, „die Zeit, die Dauer und die Art der Arbeit so zu regeln, daß die Erhaltung der Gesundheit, die Gebote der Sittlichkeit, die wirtschaftlichen Bedürfnisse der Arbeiter und ihr Anspruch auf gesetzliche Gleichberechtigung gewahrt bleiben“. Großmütige Vorsätze, die aber bis zum heutigen Tage im wesentlichen unausgeführt geblieben sind. Es mußte Bismarck tief verlegen, daß der Kaiser die Erlasse mit anderen Ministern, in erster Linie mit Bötticher, festgestellt hatte, bevor sie dem Kanzler zur Begutachtung vorgelegt wurden. Dessen Einwendungen wurde nur in Neben- dingen Raum gegeben und die kaiserlichen Befehle fast so kundge- macht, wie sie ohne Bismarck entworfen worden waren. Unmöglich konnte sich der höchste Beamte des Reiches als untergeordnetes Organ der Regierung behandeln, von bevorzugten Amtsgenossen beiseite- schieben lassen. Dagegen häumte sich sein Selbstgefühl auf. Er berief sich auf eine seit 1852 bestehende königliche Kabinettsordre, in der den anderen Ministern untersagt war, ohne Vorwissen des Ministerpräsidenten Vortrag beim Monarchen zu halten: damit hatte unter ähnlichen Verhältnissen Manteuffel, der leitende Staatsmann unter Friedrich Wilhelm IV., Gegenwirkungen beim König zu ver- hindern gewußt. Die Einhaltung dieses nie aufgehobenen Erlasses wurde von Bismarck mit tiefem Ernst gefordert. Der Kaiser brauste auf: er lasse sich nicht verbieten, seine Ratgeber wann immer zu hören. Deshalb verfügte er die Aufhebung der Ordre von 1852. Der Kanzler verweigerte die Gegenzeichnung dieser Maßnahme. Da konnte Wilhelm II. den Fürsten nicht länger als „Last und Mentor“ er- tragen, wie Bennigsen sich schon früher, den Bruch voraussehend, ausgedrückt hatte. Er ließ den Kanzler anweisen, seine Entlassung einzureichen, und wiederholte ungeduldig den Befehl, als Bismarck nicht schnell genug gehorchte. Eine mildere, den Fürsten schonende Form des Rücktritts wurde vom Kaiser abgelehnt, der sich als Herr fühlte und dies auch in Erinnerung bringen wollte. Früher oder

¹⁾ In dieser vielbesprochenen Streitfrage schließe ich mich den Ausführungen des grundlegenden Werkes von Hermann Hofmann „Fürst Bismarck 1890 bis 1898“ an (Stutt- gart 1913—1914, 3 Bde.), Bb. III, S. 105—124.

später mußte mit tragischer Notwendigkeit der Schlag fallen, aber so, wie er geführt wurde, griff er der Nation ans Herz.

*

Lösung des Rückversicherungsvertrages Caprivi und Holstein

Am 20. März 1890 erhielt Fürst Bismarck die Entlassung, General Leo von Caprivi wurde sein Nachfolger. Die Ernennung fand die Zustimmung des Kanzlers, der Caprivi als hervorragenden Militär, als ehrenfesten, umsichtigen Mann schätzte. Gerade war eine Entscheidung von großer Tragweite zu treffen. Der 1887 mit Rußland geschlossene Rückversicherungsvertrag lief eben ab, und der Botschafter des Zaren, Graf Paul Schuwalow, drängte auf Antwort, ob das Deutsche Reich den Vertrag, wie Rußland vorschlug, erneuern werde. Das wäre unter Bismarck bestimmt geschehen, sein Sohn, der als Staatssekretär die bereits erbetene Entlassung noch nicht erhalten hatte, war gleichen Sinnes. Während nun Herbert Bismarck zufällig von Berlin abwesend war, lehnte der neue Reichskanzler mit Zustimmung des Kaisers ab. Als Herbert von der Verhandlung erfuhr, war die Sache ohne ihn entschieden: augenblicklich trat er, was nach dem Scheiden seines Vaters bei ihm ohnedies beschlossene Sache war, aus dem Amt.

Caprivi handelte auf den Rat des Geheimrats Friedrich von Holstein, der früher das unbedingte Vertrauen Bismarcks genossen hatte, zuletzt aber in das andere Lager übergang. Er war in die geheimsten Dinge eingeweiht, sachkundig, eine nicht zu überbietende Arbeitskraft, aber auf seinem Charakter lag durch den Gang zum Ränkespiel ein Schatten. Das hatte schon Graf Harry von Arnim 1874 zu fühlen gehabt, Botschafter in Paris, dem Holstein als junger Legationssekretär beigegeben war. Arnim war ein Widersacher Bismarcks und der Kanzler benutzte Holstein, um den Botschafter zu überwachen. Der Legationssekretär arbeitete an dem Sturze seines Chefs und legte Zeugnis gegen ihn in dem Prozeß ab, der später gegen ihn zu Berlin wegen Aneignung amtlicher Akten angestrengt wurde. Dieses Vorgehen Holsteins zog ihm mit gutem Grund stren-